



# Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:

Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

# Hallo Wahlkreis!

Liebe Genossinnen und Genossen,

So allmählich hat uns der Alltag des Jahres wieder - zwar finden immer noch Neujahrsempfänge statt & ich freue mich auch auf die zahlreichen Begegnungen - nichts desto weniger ist der "Normalbetrieb" wieder gestartet. Und das ist auch gut so!

In den Ausschüssen wurden die Berichterstattungen verteilt und ich freue mich, dass meinen Wünschen entsprochen wurde: Im Europaausschuss liegt mein Schwerpunkt auf "Soziales Europa" und im Menschenrechtsausschuss auf "Asien"! Noch was persönliches: Allmählich rückt mein Mutterschutz immer näher und der Kugelbauch wächst... Ich bin noch im Einsatz -vor allem im Wahlkreis- bitte euch aber um Verständnis, falls ich kurzfristig mal einen Termin absagen sollte oder die ein oder andere Sitzung nach 2 Stunden verlasse. Mir geht es aber im wahrsten Sinne "rundum" gut und ich freu mich auf die kommende, spannende Zeit! Herzlichst

eure Sabine

# Berlin

Jakob-Kaiser-Haus Platz der Republik 1

11011 Berlin

Wahlkreis Betzdorf

Bahnhofstraße 19 57518 Betzdorf

Puderbach Mittelstraße 17 56305 Puderbach Telefon: (0 30) 22 77 74 32 Fax: (0 30) 22 77 64 44 sabine.baetzing-lichtenthaeler

@bundestag.de

Telefon: (0 27 41) 2 54 54 Fax: (0 27 41) 2 74 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk2.bundestag.de

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60 Fax: (0 26 84) 9 57 10 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk.bundestag.de

# **Topthema**

#### Sotschi - Die Olympischen Winterspiele beginnen!

Sie haben neben der sportlichen auch eine große politische Dimension. Die Wahrung der Menschenrechte, die Einhaltung ökologischer Richtwerte, faire und nachhaltige soziale Standards bei der Ausrichtung eines solchen Weltereignisses können nicht losgelöst vom Sport betrachtet werden.

Die Olympischen Spiele in Sotschi lenken die Aufmerksamkeit in eine Region mit Licht und Schatten. Mit dem Startschuss für die Spiele beginnen nun die sportlichen Wettkämpfe in Sotschi. Die Athletinnen und Athleten sind bestens vorbereitet, top motiviert und haben bereits jetzt unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Sie sind Botschafter unseres Landes und wir wünschen Ihnen viel Erfolg und dem Publikum spannende Wettkämpfe.

Die Olympischen Winterspiele haben neben der sportlichen auch eine große politische Dimension. Die Wahrung der Menschenrechte, die Einhaltung ökologischer Richtwerte, faire und nachhaltige soziale Standards bei der Ausrichtung eines solchen Weltereignisses können nicht losgelöst vom Sport betrachtet werden.

Die internationalen Sportverbände setzen mit der Vergabe von sportlichen Großveranstaltungen wie den olympischen Spielen oder der Fußball-Weltmeisterschaft wichtige Akzente. Der organisierte Sport ist autonom.

Unsere Bundestagsfraktion bietet jedoch ausdrücklich ihre Unterstützung an, wenn es darum geht, nachhaltige und soziale Standards zu entwickeln.

Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen des Sports ein. Das Signal ist: Wir wollen nachhaltige Konzepte und faire Bedingungen im Sport statt Gigantismus und Umweltzerstörung.

Die Sportpolitik unserer Bundestagsfraktion steht für Chancengleichheit und Toleranz und will gute Voraussetzungen für Athletinnen und Athleten und ihr sportliches Umfeld schaffen.

Das gilt für die Olympischen Spiele genauso wie für die Paralympischen Spiele.

Es wäre wünschenswert, wenn sportliche Großveranstaltungen die Menschenrechtslage in einem Land verbessern würden. Die Erfahrung ist allerdings eine andere. Das droht auch bei den Olympischen Spielen im russischen Sotschi wieder so zu sein. Wenn Sportverbände Menschenrechte nicht wirklich ernst nehmen, verlieren sie weiter an Glaubwürdigkeit. Die Olympische Idee basiert laut Charta neben der Freude an der sportlichen Leistung auf universellen und fundamentalen ethischen Prinzipien, auf der Wahrung der Würde des Menschen und auf der Ablehnung jeglicher Form von Diskriminierung.

Das IOC muss sich fragen lassen, wie es dieser Idee in einem Land wie Russland gerecht werden will, in dem Menschenrechte wenig gelten und kritische zivilgesellschaftliche Kräfte systematisch diskriminiert und schikaniert werden. Diese Fragen sind nicht neu. Sie wurden bei den Olympischen Spielen in China oder bei der Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine gestellt. Die Sportfunktionäre haben daraus nichts gelernt und die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 kritiklos nach Katar vergeben. Berichte über Menschenrechtsverletzungen werden abgewiegelt.

Bei Sportveranstaltungen sollten die Sportlerinnen und Sportler mit ihrer Leistung im Mittelpunkt stehen. Das haben sie verdient.

Die Berichterstattung aus Sotschi wird sich jedoch auch mit sportfremden Themen befassen müssen – mit Meinungsund Pressefreiheit und Fragen der sexuellen Orientierung sowie mit regimekritischen Demonstrationen, die kilometerweit vom Olympia-Park entfernt stattfinden, weil sie vom Ort Sotschi ausgeschlossen bleiben.

Zu Menschenrechtsverletzungen darf niemand schweigen, auch nicht das IOC mit seinem deutschen Präsidenten Thomas Bach. Die nationalen und internationalen Sportverbände müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und bei künftigen Entscheidungen menschenrechtliche, soziale und ökologische Kriterien verstärkt einbeziehen. Dies wäre ganz im Sinn der Olympischen Charta.

# Info**service**

#### Verkehr

Klimaschutz und Energiewende – Die Weichen stellen! Klimaschutz und Energiewende sind ohne die richtigen Weichenstellungen in der Verkehrspolitik nicht realisierbar. Nur wenn wir die Konzepte für Individual- und für Güterverkehr weiterentwickeln, werden wir eine Entlastung der Menschen und der Umwelt erreichen. Union und SPD haben sich zum Ziel gesetzt, Bürgerinnen und Bürger vor Verkehrslärm stärker zu schützen und in die Planung von Verkehrsinfrastrukturprojekten früher und stärker einzubeziehen.

Die zentralen Themen unserer Gesellschaft wie die Energiewende, der Klimaschutz, die demographische Entwicklung und die Daseinsvorsorge werden alle wesentlich richtigen Weichenstellungen von den Verkehrspolitik beeinflusst.

Wir wollen erreichen, dass mehr Güterverkehr auf die umweltfreundlicheren Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße verlagert wird.

Durch die Weiterentwicklung und den Einsatz von Verkehrstelematik werden wir Verkehre effizienter, ökologischer und sicherer abwickeln und die vorhandene Infrastruktur optimal nutzen.

Aber auch beim Individualverkehr ist Intermodalität eine zentrale Zukunftsaufgabe. Die Verknüpfung der Angebote von Bahn, öffentlichem Personennahverkehr, Carsharing und Radverkehr wird es ohne Verlust an Lebensqualität möglich machen, auf den eigenen PKW verzichten zu können.

Eine der zentralen Aufgaben einer modernen Verkehrspolitik ist der Schutz der Bevölkerung vor Lärm, insbesondere im Einzugsbereich von Güterverkehrsstrecken Mittelrhein und von Flughäfen.

Den Bahnlärm werden wir bis 2020 halbieren. Wir haben in der Regierung vereinbart, dass für den Fall, das bis Ende 2016 nicht die Hälfte der Güterwagen auf Deutschlands Schienen mit lärmarmen Bremsen ausgestattet ist, Nachtfahrverbote für lauten Züge die Folge sein werden. Mehr Geld für Lärmschutz und neue Regeln wie die Feststellung von Gesamtlärmbelastungen anstelle der separaten Betrachtung einzelner Lärmverursacher wie Straße oder Schiene zeigen, wie wichtig uns dieses

Nicht nur beim Thema Lärm sind neben den Interessen der Betroffenen auch die Interessen der Logistikwirtschaft - und somit auch die Interessen der Konsumenten und Konsumentinnen, die die transportierten Waren nutzen wollen - zu berücksichtigen.

Denn Verkehrsinfrastrukturpolitik ist ein Teil moderner Gesellschaftspolitik und bedeutet nicht in erster Linie Investitionen in Beton und Asphalt. Kreativität und Innovationen sind gefragt, um diese Zukunftsaufgabe zu bewältigen. Dies kann nur gelingen, wenn alle zusammenarbeiten und es schaffen, schon frühzeitig Probleme aus dem Weg zu räumen und Konsense zu erreichen. Daher werden wir die Bürgerbeteiligung ausbauen.

# **Bonbon**

«Wir erwarten nach dem NSA-Skandal ein Symbol von den USA. Dass kann ein No-Spy-Abkommen sein. Es ist schon ein seltsamer Zufall, dass sich das auch NSA abkürzen würde.»

(Peter Beyer, CDU)

#### **Tourismus**

### Aktivitäten koordinieren und konzeptionell ausbauen!

Mit der Ernennung der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke als Beauftragte der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus erkennt die Bundesregierung die besondere Bedeutung des Tourismus als wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor an.

2,9 Millionen Erwerbstätige sind in Deutschland direkt im Tourismus beschäftigt. Nahezu 100 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung sowie fast 280 Milliarden Euro Konsumausgaben entstehen im Tourismus.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Tourismusbeauftragte die Aktivitäten in der Tourismuspolitik stärker koordinieren und konzeptionell ausbauen will. Tourismusbranche und Politik stehen vor großen Herausforderungen, vor allem dem einsetzenden Fachkräftemangel im Gastgewerbe.

Unsere Bundestagsfraktion wird sich - gemeinsam mit der Tourismusbeauftragten - insbesondere für eine positive Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation im Tourismus einsetzen. Die dienstleistungsintensive Branche ist auf gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte angewiesen.

Der von uns im Koalitionsvertrag durchgesetzte flächendeckende gesetzliche Mindestlohn wird ab Januar 2015 die Einkommenssituation von fast einer Million geringfügig Beschäftigten oder zwei Drittel aller Beschäftigten im Gastgewerbe, die heute ohne Tarifbindung arbeiten müssen, spürbar verbessern.

Gastgewerbe Insbesondere das muss seine Ausbildungsanstrengungen erhöhen und die Ausbildung attraktiver machen. Bislang brechen die Hälfte der angehenden Restaurantfachmänner und -frauen und Köchinnen und Köche ihre Ausbildung ab. Es ist eine wichtige Aufgabe, die Wertschätzung und den Ruf der Berufe in der Tourismuswirtschaft zu erhöhen.

Unsere Bundestagsfraktion setzt sich weiter dafür ein, dass alle Menschen am Tourismus teilhaben können. Wir begrüßen, dass die Tourismusbeauftragte sich den barrierefreien Tourismus auf die Fahne schreibt und eine engere Kooperation mit den Bundesländern sowie eine Verknüpfung mit dem Gesundheitstourismus anstrebt. Nur so lassen sich notwendige Projekte wie eine einheitliche Kennzeichnung barrierefreier Angebote in der Praxis bundesweit umsetzen.

Wir werden auch dafür sorgen, dass die wassertouristischen Ziele nicht abgehängt werden, wie dies bei der zuletzt von der schwarz-gelben Vorgängerregierung durchgesetzten Wasserstraßenreform der Fall war. Wie es mit dem Wassertourismus weitergehen soll, blieb dabei völlig offen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die Bundesregierung ein dringend notwendiges Wassertourismuskonzept vorlegen wird.

### **Termine**

08.02.14 09.30 Uhr

Seminar SPD-Kreistagsfraktion Bad Marienberg

09.02.14 11.00 Uhr

Neujahrsempfang OV Altenkirchen und Weyerbusch Neujahrsempfang OV Dierdorf

14.00 Uhr 10.02.14 - 14.02.14

Sitzungswoche in Berlin

ACHTUNG: Kursivgedruckte Termine sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.